



# Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft  
- Presse- und Informationsabteilung -  
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin  
E-Mail: [info@botschaft-frankreich.de](mailto:info@botschaft-frankreich.de)  
Internet: [www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de)

27.08.2009

---

## **Botschafterkonferenz Eröffnungsrede Von Staatspräsident Nicolas Sarkozy**

**Paris, 26. August 2008**

Sehr geehrter Herr Premierminister,  
sehr geehrter Herr Präsident des Senats,  
sehr geehrter Herr Präsident der Nationalversammlung,  
sehr geehrter Herr Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Minister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Botschafter,

am 15. September 2008, ein Jahr nach Beginn der Subprime-Krise, nach der Entscheidung der amerikanischen Regierung, die Lehmann Brothers-Bank nicht aufzufangen, befand sich die ganze Welt am Rande des Abgrunds. Eine Entscheidung, ich erinnere daran, die derzeit ohne jegliche Abstimmung mit den wichtigsten Partnern der Vereinigten Staaten getroffen wurde.

An diesem Tag ist der Welt bewusst geworden, dass eine grenzenlose Deregulierung, die dem Verantwortungsbewusstsein der Finanzakteure blind vertraut, zu einer allgemeinen Unverantwortlichkeit gegenüber der unwiderstehliche Versuchung des schnellen Geldes geführt hatte.

An diesem Tag ist der Welt bewusst geworden, dass ein Kapitalismus auf der Grundlage von Spekulation und grenzenlosem Wettbewerb zwischen den Finanzplätzen die Realwirtschaft „lebensbedrohlich“ gefährdet.

Dieser Tag kennzeichnete das Ende einer Globalisierung, in der die Marktteilnehmer ihre eigenen Gesetze gelten ließen; in der alles zum Gegenstand der Spekulation geworden war; in der die Öl- und Weizenpreise wie auch die Börsenwerte sich in nur wenigen Monaten verdoppeln oder verdreifachen konnten, um dann einzubrechen.

An diesem Tag haben sich die Staaten allein vor ihrer Verantwortung vorgefunden. Sie allein konnten die Panik stoppen, das Vertrauen wiederherstellen.

**[www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de)**

Sie allein konnten mit ihrem Eingreifen verhindern, dass die Kettenreaktion mit beispielloser Wirkung von einem zum anderen Ende der Welt die Ersparnisse und die Beschäftigung mehrerer Tausender von Millionen Männern und Frauen dahinrafft.

An diesem Tag ist den Staaten bewusst geworden, dass sie zwingend zusammenarbeiten müssen und dass es nur eine gemeinsame Rettung geben kann.

Ich werde nie vergessen, wie wir schlaflose Nächte damit verbracht haben, vor der Öffnung der Märkte die erforderlichen Milliarden zu finden, um diese oder jene Bank bzw. dieses oder jenes Land vor dem Zusammenbruch zu retten.

Und ich werden nicht hinnehmen, dass diejenigen, die uns in die schwerwiegendste Krise seit den 30er Jahren gebracht haben, wieder so weiter machen können wie bisher.

Angesichts der Versuchung eines „rette sich, wer kann“, eines „jeder für sich“; angesichts der Gefahr von nationalen Maßnahmen, die zu einer Rückkehr des Protektionismus führen, habe ich schon am 23. September im Namen Europas vor den Vereinten Nationen vorgeschlagen, die wichtigsten internationalen Staatsführer zu einem Gipfeltreffen zusammenzubringen. Ein Gipfel, um gemeinsam die erforderlichen Regeln zu beschließen. Fünf Wochen später fand der Washington-Gipfel statt; fünf Monate darauf der Gipfel in London. Darüber hinaus habe ich vorgeschlagen, schon Ende September ein drittes G20-Treffen zu organisieren; es wird in Pittsburgh stattfinden.

Wir haben erste Erfolge erzielt, die vor einem Jahr noch unvorstellbar gewesen wären. Insbesondere bei den Steueroasen: In Washington war Frankreich das einzige Land, das sich für diese Frage stark gemacht hat; in London haben wir mit der Unterstützung von Bundeskanzlerin Merkel die Veröffentlichung einer Liste von Steueroasen beschlossen; seither gab es spektakuläre Fortschritte: Wir haben das Ende des Bankengeheimnisses erreicht! Diese Fortschritte müssen in Pittsburgh ergänzt werden, und zwar mit dem Beschluss einer umfassenden Liste von Gegenmaßnahmen, die ab 2010 gegenüber all jenen angewandt werden sollen, die nicht voll und ganz kooperieren.

Es bleibt jedoch noch viel zu tun, damit das Finanzwesen - Auslöser der Krise - in Zukunft im Dienste von Investition und Wachstum steht. Dabei denke ich vor allem an die Vergütung der Marktteilnehmer, das heißt, um es klar zu sagen, an den Skandal um die Bonus-Zahlungen. In London haben wir Prinzipien aufgestellt. Es ist allerhöchste Zeit, dass sie angewandt und verstärkt werden. Damit all jenen, die glauben, sie könnten so weiter machen wie vor der Krise, klar wird: Da haben sie sich getäuscht!

Frankreich wird in Sachen Bonus-Zahlungen unverzüglich die neuen strengeren Regeln anwenden, die ich gestern vorgestellt habe. Die Rolle Frankreichs ist, aktiv zu sein und nicht, die Dinge über sich ergehen zu lassen. Es ist viel zu einfach, zu sagen „wir handeln erst, wenn die Anderen handeln“ – leiden doch viele Menschen. In Pittsburgh werden sehr wichtige Entscheidungen getroffen. Frankreich wird seinen Partnern sagen: „Hier ist das, was wir beschlossen haben und nicht das, was wir zu tun gedenken.“ Wir werden eine internationale Initiative auf den Tische legen, die vorschlägt, in den G20-Staaten die Regeln der Transparenz, der Regierungsführung und der Verantwortlichkeit anzuwenden, die in Zukunft in Frankreich gelten. Wir werden vorschlagen, die Sanktionen gegenüber jenen Banken zu verschärfen, die sich nicht daran halten. Schließlich werden wir noch weiter gehen und die Frage der Bonus-Begrenzung stellen.

Auch müssen wir an der Angleichung der Rechnungslegungsstandards arbeiten, und zwar dahingehend, dass sie nicht mehr das kurzfristige Wirtschaften zu Lasten der Investitionen begünstigen. Wir müssen an der Überwachung der Hedge-Fonds arbeiten, die nach wie vor nicht ausreichend reguliert sind und ganze Märkte aus dem Gleichgewicht bringen können. Und

schließlich müssen wir an der Vorbeugung systemischer Risiken durch den IWF arbeiten, damit wir nicht mehr in Situationen kommen, wo die Überverschuldung einiger Länder eine Bedrohung für die Finanzstabilität der ganzen Welt darstellt.

In all diesen Fragen wird Frankreich unnachgiebig sein. Wir müssen bis ans Ende gehen mit diesen Reformen. Wir dürfen nicht den Elan verlieren, wir müssen jetzt handeln.

Aber in Pittsburgh erwarten uns andere Fragen.

In erster Linie die Frage des Energie-Preises, vor allem der Erdöl-Preise. Das ist eine weitere Bombe mit Zeitzunder, die das Wachstum von morgen gefährdet. Sind die Preise zu hoch, wird das Wachstum erstickt. Sind die Preise zu niedrig, versiegen die Investitionen, und einige Jahre darauf ist das Erdöl knapp und die Preise explodieren wieder. Mit Gordon Brown haben wir vorgeschlagen, dem Dialog zwischen Erzeugern und Verbrauchern einen neuen Schwung zu geben. Wir müssen uns zwei Ziele setzen: die Bekämpfung der Spekulation auf den Märkten und die Entschlossenheit, eine moderate Preisspanne zu erreichen. Diesen Dialog müssen wir schon in Pittsburgh anstoßen, denn hier werden die wichtigsten Erdölförder- und -verbraucherländer wie Saudi-Arabien, Russland, Kanada und Mexiko anwesend sein.

Der internationalen Energieherausforderung zu begegnen heißt auch, den Zugang zur zivilen Nuklearenergie zu erleichtern. Frankreich steht heute dank seiner strategischen Entscheidungen der 70er Jahre weltweit an der Spitze in Sachen Nutzung dieser sauberen Energie. Ohne einen gerechten Zugang zur zivilen Nuklearenergie wird es keine Lösung für die globalen Energieprobleme geben. Etwa 60 weitere Länder weltweit haben bereits großes Interesse für die elektronuklearen Programme bekundet. Eine ganz grundsätzliche Debatte über den Zugang zur zivilen Nuklearenergie zu führen, ist sinnvoll und angebracht. Denn das ist ein folgenschwere Entscheidung mit Verpflichtungen und langfristigen Verantwortlichkeiten. Frankreich wird in Abstimmung mit der IAEA in den kommenden Monaten eine Konferenz organisieren, um dazu beizutragen, diesen Weg mit den internationalen Akteuren der zivilen Nuklearenergie zu bestimmen. Frankreich hat beschlossen, ohne Diskriminierung zu kooperieren und somit eines der zentralen Ziele des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu erfüllen.

Darüber hinaus müssen wir in Pittsburgh auch darüber nachdenken, wie wir bei den Wachstumsmodellen der großen Volkswirtschaften wieder zu einem ausgewogenen Gleichgewicht gelangen. Auch hier hat die Krise das Ende eines Zeitalters eingeläutet: das Zeitalter der untragbaren Ungleichgewichte zwischen den Vereinigten Staaten und China, wo sich Überverschuldung auf der einen und übermäßiges Sparen auf der anderen Seite gegenüberstehen.

Präsident Barack Obama kann bei seinem Willen, das amerikanische Wirtschafts- und Sozialmodell zu ändern, auf die Unterstützung Frankreichs zählen. Der - unausweichliche - Anstieg der Spartätigkeit der privaten Haushalte und der - unverzichtbare - Abbau des riesigen US-Defizits bedeuten, dass die Vereinigten Staaten weniger importieren und dementsprechend versuchen werden, mehr zu exportieren.

China hat schnell und stark reagiert, das ist lobenswert. Es hat einen neuen Wachstumsmotor in Gang gesetzt: den seines Binnenmarktes. Chinas Entwicklungsmodell wird jedoch lange Zeit weiterhin auf den Exporten basieren.

Wie können wir den unvermeidbaren Spannungen dieser Übergangsphase begegnen?  
Wie schaffen wir es, der protektionistischen Versuchung zu widerstehen, die es überall gibt?

Und vor allem, wie vermeiden wir Paritätsänderungen der wichtigsten Wechselkurse, die zu schweren Krisen führen könnten?

China und Russland haben Vorschläge skizziert, die zeigen, dass die multipolare politische und wirtschaftliche Realität in der Welt von heute früher oder später auch in der Währungspolitik Berücksichtigung finden muss. Mit einer erneuerten internationalen Architektur und einem gestärkten IWF könnten Rahmen für Debatten und für die Abstimmung entstehen, die mehr denn je erforderlich sind, um übermäßige und destabilisierende Wechselkurschwankungen zu vermeiden.

Frankreich ist bereit, im Rahmen der Euro-Zone aktiv zu diesem Prozess beizutragen. Wir werden jedoch nicht hinnehmen - und das sage ich ganz klar und deutlich -, dass nur der Euro unter dem Gewicht der Anpassungen leidet, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

Nun zur dritten Frage, die wir in New York, in Pittsburgh und dann in Kopenhagen behandeln und zu gelungenen Ergebnissen bringen müssen: die Klimaerwärmung. Sie zwingt uns, ein neues kohlenstoffarmes Wachstum zu entwickeln und dessen Finanzierung zu gewährleisten. Unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft hat Europa es vermocht, voll und ganz den einstimmigen Forderungen sämtlicher Experten zu entsprechen. Bis dato sind wir hier die Einzigen. Es ist ganz wichtig, dass die anderen Industrieländer, allen voran die Vereinigten Staaten, so bald wie möglich in vergleichbaren Relationen ihre mittelfristigen Ziele darlegen. Das ist notwendig, damit die großen aufsteigenden Staaten mitziehen und wir zu einem ehrgeizigen Abkommen gelangen, bei dem jeder seinen Anteil an der gemeinsamen Anstrengung zu tragen hat.

Die ersten beiden Fragen, die es in Pittsburgh zu behandeln gilt, sind ganz wesentlich; denn hier geht es einzig allein darum, den Kapitalismus zu reformieren, um die Stabilität und die Prosperität in der Welt zu gewährleisten. Die dritte Frage, die Herausforderung des Klimawandels, ist fundamental; denn hier steht die Zukunft unseres Planeten auf dem Spiel.

Wir müssen in Kopenhagen unbedingt zu erfolgreichen Ergebnissen kommen, und jeder muss sich seiner Verantwortung stellen. Jegliches Zögern in unserem Handeln ist nicht mehr aufzuholen.

Die Zeit ist nicht auf unserer Seite. Sie ist unser Vollstrecker, und wir sind bereits auf Bewährung verurteilt.

Um diese Treffen vorzubereiten, die über die Zukunft entscheiden, wird Frankreich am 14. September in Paris die Schlussfolgerungen der Kommission vorstellen, die vergangenes Jahr auf meine Initiative unter der Leitung der beiden Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen gegründet wurde, um über die Messkriterien unserer Wirtschaftsleistung nachzudenken. Denn wir ändern unsere Verhaltensweisen nicht, wenn wir nicht die Art und Weise, unsere Ergebnisse zu messen, ändern. Diese hochrangig besetzte internationale Experten-Kommission hat ganz bemerkenswerte Arbeit geleistet. Ich bitte Sie, so viel Aufmerksamkeit wie möglich für dieses Treffen zu gewinnen, damit sich die Verantwortlichen und Experten in der ganzen Welt diese Überlegungen zu eigen machen, die zu dem wirtschaftlichen und ökologischen Wandel beitragen, der heute unverzichtbar ist.

Meine Damen und Herren Botschafter,

diese Gipfel, die in beispiellosen Abständen aufeinander folgen, müssen mit einem Zeitalter abrechnen, das heute vorbei ist, und den Grundstein für eine neue, gesündere, gerechtere, ausgewogenere, nachhaltigere und „grünere“ Wirtschaft legen.

An der Spitze der Europäischen Union und im Rahmen der G20 hat Frankreich weitere Vorschläge in dieser Richtung gemacht. Es wird weiterhin seine Überzeugungen bekräftigen und auch in Zukunft all jene mitnehmen, die der Untätigkeit und dem Status quo nicht nachgeben.

Die Krise befreit uns vom Joch des Einheitsdenkens. Sie zwingt uns, anders zu denken; das ist eine Chance.

Auch wenn wir in unserer globalisierten Welt das Gewicht der Wirtschafts- und Finanzakteure nicht unterschätzen dürfen, so hat der Staat seit einem Jahr doch wieder voll und ganz seinen Platz gefunden; diesen muss er bewahren und ohne zu zögern den Weg in Richtung einer neuen globalen Regulierung aufzeigen.

Weil unsere Welt globalisiert ist und es kein Zurück mehr gibt, besteht das dringlichste Gebot darin, gemeinsam vorzugehen. Aber wir werden langfristig nur Erfolg haben, wenn wir uns ehrgeizige Ziele stecken. Denn wer ist bereit, sich zu engagieren, grundlegende Entscheidungen zu treffen, wenn die Ziele zu bescheiden sind? Von dieser Überzeugung war ich während unserer ganzen Ratspräsidentschaft geleitet; und so konnten wir z.B. auch das Klima-Energie-Paket beschließen. Und genau von dieser Überzeugung bin ich auch bei den Debatten des G8/G14 und des G20 inspiriert.

Über diese drei Überzeugungen hinaus gibt es eine ganz offensichtliche Tatsache: Wenn die internationale Krise beendet ist, wird die Rangordnung der Mächte in der Welt nicht mehr ganz dieselbe sein als bei Ausbruch der Krise. China, Indien und Brasilien werden, davon bin ich überzeugt, weiter oben stehen.

Bei jeder Entscheidung, die ich treffe, stelle ich mir dieselbe Frage: Wird diese Entscheidung Frankreich und den Franzosen helfen, stärker aus der Krise hervorzugehen?

Mit François Fillon und Christine Lagarde haben wir sehr schnell eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um unser Finanzsystem zu stabilisieren, um Erwerbstätigkeit und somit Beschäftigung zu fördern und schließlich, um all jene zu schützen, die am meisten von der Krise betroffen sind.

Dank unserer Entscheidungen ist die französische Volkswirtschaft trotz der Schwierigkeiten, trotz der steigenden Arbeitslosigkeit krisenresistenter als die seiner wichtigsten Partner. Frankreichs Volkswirtschaft liegt heute weltweit wieder an fünfter Stelle, zwischen Deutschland und Großbritannien.

Aber das genügt nicht: Jede getroffene Entscheidung muss uns auch helfen, die Zukunft vorzubereiten. Sie muss uns ermöglichen, besser gerüstet in die neue Welt einzutreten, die diese Gipfel nach und nach errichten.

Genau darum geht es auch bei der nationalen Anleihe, über die es diesen Herbst eine umfassende Debatte geben wird und die uns ermöglichen wird, in unsere Zukunftssektoren zu investieren: Wissenschaft, Forschung, Innovation, grünes Wachstum, Universitäten und Ausbildung. In die Zukunft investieren heißt, für mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum zu sorgen und somit über die Mittel zu verfügen, um die Verschuldung abzubauen.

Meine Damen und Herren Botschafter,

diese Frage der Rangordnung der Mächte nach Ausgang der Krise betrifft auch Europa. Und zwar mit einer Frage vorweg: Will die Europäische Union eine Macht sein? Will sie zu den wichtigsten Akteuren des 21. Jahrhunderts zählen?

Auf diese Frage hat die französische EU- Ratspräsidentschaft ihren Teil der Antwort geliefert, indem sie die Union für das Mittelmeer auf den Weg gebracht hat; indem sie den Krieg zwischen Russland und Georgien beendet hat; indem sie den Weg einer verantwortlichen und gemeinsamen Bewältigung der Krise aufgezeigt hat; indem sie mit dem „Klima-Energie-Paket“ gezeigt hat, dass in Kopenhagen ein ehrgeiziges Abkommen erreicht werden kann; oder auch, indem sie dem Europa der Verteidigung neuen Schwung verliehen hat.

Wenn Europa will, dann kann es.

Allerdings muss die Union sich noch die erforderlichen Institutionen verschaffen, um die Entscheidungen im Europa der 27 zu erleichtern. Genau darum geht es bei der Umsetzung des Lissabon-Vertrags im Falle eines positiven Referendums am 2. Oktober in Irland. Die Einführung eines ständigen Präsidenten des Europäischen Rates sowie des Hohen Vertreters und Vize-Präsidenten der Kommission sind also von entscheidender Bedeutung; wir können uns hier keine Fehler erlauben. Frankreich hat volles Vertrauen, dass die schwedische Ratspräsidentschaft unsere Überlegungen zu tragen.

Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages, der von Frankreich vorgeschlagen wurde, gelangen 10 Jahre institutioneller Debatten zu einem erfolgreichen Abschluss: die Stärkung des Europäischen Parlaments; eine Union, die weitgehend von dem Prinzip der Einstimmigkeit befreit ist, das allzu oft dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners gleichkommt; die Schaffung eines wirklichen diplomatischen Dienstes für die Europäische Union.

Alles wird dann eine Frage der Praxis sein; ich möchte hier die Lehren aus meiner Erfahrung ziehen. Ich habe mehr als jeder meiner Vorgänger Wert darauf gelegt, gemeinsam vorzugehen, indem ich eng mit der Kommission und dem europäischen Parlament zusammengearbeitet habe und stets ein offenes Ohr für die einzelnen Mitgliedstaaten hatte. Alle 27 Mitgliedstaaten haben dieselben Rechte. Aber wer hat nicht festgestellt, vor allem im Zusammenhang mit der Krise, dass nicht alle dieselben Pflichten haben? Die Verantwortlichkeiten der Staaten hängen von ihrem Gewicht ab. Diese Feststellung schreit keineswegs nach der Einrichtung einer spezifischen Struktur. Sie steht ganz einfach nur für eine bestimmte Einstellung, für eine Verpflichtung, die heute mehr denn je Kennzeichen für die deutsch-französische Verständigung sind.

Bei jeder Krise, bei jedem wichtigen Thema hat die deutsch-französische Verständigung, die Freundschaft zwischen mir und Angela Merkel Europa ganz stark dabei geholfen, sich all seinen Verpflichtungen zu stellen. Diese Verständigung ist in keiner Weise exklusiv: Großbritannien - Gordon Brown hat es gezeigt -, Italien, Spanien oder Polen können einen ganz wichtigen Beitrag leisten, wenn sie dieselbe Einstellung einnehmen: Welche Aufgaben und Verpflichtungen ist jeder Staat über seine Rechte hinaus anzunehmen bereit, damit unsere Europäische Union im 21. Jahrhundert ein Akteur ersten Ranges wird? Ein Akteur, der einen Platz einnimmt, zu dem er aufgrund seiner Bevölkerung, seiner wissenschaftlichen Kapazitäten und seines Wirtschafts- und Finanzgewichts berufen ist.

Damit Europa Geschichte schreibt, anstatt sie über sich ergehen zu lassen, muss seine Werte annehmen und verteidigen, nicht aggressiv, aber mit Entschlossenheit. Genau so war es bei unserer Initiative in Genf, als Präsident Ahmadinedschad eine nicht akzeptierbare Rede gehalten hat; oder auch als Europa infolge der ungerechten Verurteilung von Aung San Suu Kyi beschlossen hat, die Sanktionen gegen die regierende Militärjunta in Birma zu verschärfen.

Außerdem muss Europa seine Militärkapazitäten stärken, indem es mit Entschlossenheit den unter französischer Ratspräsidentschaft verabschiedeten Plan umsetzt. Europa ist nicht das Rote Kreuz im Großformat! Es muss in der Lage sein, militärisch handeln zu können, um seine

Interessen oder einfache nur den Frieden zu verteidigen, wie es schon in den Balkanstaaten, in Georgien, im Tschad oder an den somalischen Küsten geschieht.

In diesem Sinne ist Frankreich auch in die Militärstruktur des Atlantischen Bündnisses zurückgekehrt. Mit einem Frankreich, das in der NATO voll und ganz seinen Platz einnimmt, haben die Europäer mehr Gewicht in der Allianz. In einigen Tagen empfangen wir den neuen NATO-Generalsekretär; und ein französischer Offizier, General Abrial, wird eines der strategischen Kommandos des Bündnisses übernehmen, nämlich das Kommando für die Transformation der Allianz. Die Herausforderung ist sehr groß, denn es geht darum, das transatlantische Bündnis aufzubauen, das wir für die kommenden Jahrzehnte brauchen. Die Debatte wurde angestoßen; sie muss bis spätestens in einem Jahr, zum nächsten NATO-Gipfel in Lissabon, zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Frankreich hat nun die Mittel, mit all seinem Gewicht zu dieser Debatte beizutragen.

Im Laufe der kommenden Monate werde ich Gelegenheit haben, unsere Einschätzungen zu einer anderen wichtigen Frage darzulegen, die 2010 voran gebracht werden muss. Ich will über die Struktur eines großen gemeinsamen wirtschaftlichen und humanen Raums zwischen der Europäischen Union und Russland, unserem wichtigen Partner, sprechen. Gleichzeitig müssen wir Fortschritte machen in Sachen Erneuerung der Sicherheit des Kontinents; eine Erneuerung, die Präsident Medwedew und ich im Rahmen der OSZE verwirklicht sehen wollen. In diesem Kontext können wir alle zusammen für ganz Europa eine Zukunft des Friedens gewährleisten, die die Sicherheitsinteressen aller, aber auch die Entscheidungsfreiheit aller respektiert.

Meine Damen und Herren Botschafter,

viele Rechte, aber noch mehr Pflichten, weil mehr Verantwortung, so sollte auch der Grundsatz der Reform der globalen Regierungsführung lauten.

Das ist ein entscheidender Punkt: In einer globalisierten Welt, in der keine Staatsmacht der Welt ihre Probleme allein lösen kann, in der alle Staaten voneinander abhängen, in der alle Fragen miteinander zusammenhängen, in dieser Welt ist eine effiziente globale Regierungsführung eine absolute Notwendigkeit

Seit meinem Amtsantritt habe ich mich dafür eingesetzt, dass die internationalen Organisationen der Realität des 21. Jahrhunderts angepasst werden müssen. Die Krise hat meinen Worten Recht gegeben, und die Dringlichkeit hat uns zum Handeln gezwungen. Aber wir stehen erst am Anfang des Weges. Zusammen mit dem Präsidenten Lula haben wir unseren Amtskollegen vom G14 eine „Allianz zur Veränderung der globalen Regierungsführung“ vorgeschlagen, und auch hier wird Frankreich nichts unversucht lassen, damit die Reformen zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.

Zunächst die Reform der informellen Gremien, die als Impulsgeber unersetzlich sind. Die Erweiterung der G8 zu einer G14, d.h. mit der Einbeziehung Chinas, Indiens, Brasiliens, Mexikos, Südafrikas und Ägyptens, stellte dabei in diesem Jahr, dank der italienischen Präsidentschaft, einen entscheidenden Schritt dar. Ich wünsche mir, dass die kanadische Präsidentschaft im Jahr 2010 den Großteil des kommenden Gipfels im G14-Format vorbereitet. Meine Absicht ist, diese Umwandlung unter französischer Präsidentschaft im Jahr 2011 abzuschließen.

Parallel dazu wird Frankreich mit jedem dieser wichtigen Schwellenländer eine Beziehung aufbauen, die ihren Verantwortlichkeiten im 21. Jahrhundert entsprechen.

Der G20, der sich mit wirtschaftlichen und finanziellen Fragen beschäftigt, hat sich als geeignetes Format erwiesen, seine Zusammensetzung steht jedoch noch nicht ganz fest. Hier

müssen wir parallel zur Reform des IWF arbeiten: Die Führungsgremien des Fonds – sein Währungsausschuss auf Ministerebene und sein Verwaltungsrat – müssen politischer werden, in größerer Abstimmung mit dem G20 arbeiten. Sie müssen auch ihre Entscheidungswege verbessern, um die Realität einer multipolaren Welt besser wiederzuspiegeln zu können.

Das Forum der führenden Wirtschaftsnationen, das seit zwei Jahren eine nützliche Rolle bei der Suche nach ausgewogenen und ehrgeizigen Kompromissen bei den „Klimaverhandlungen“ spielt, sollte unbedingt auch nach Kopenhagen bestehen bleiben, um darüber zu wachen, dass die Hauptakteure den im Dezember zu beschließenden Vertrag umsetzen.

Diese drei informellen Instanzen decken den wichtigsten Teil der Verhandlungen unserer heutigen Zeit ab: allgemeine Fragen, wirtschaftliche und finanzielle Themen, den „Klimaabkommen“. Ihre Zusammensetzung ist für die wichtigsten Fragen gleich, d.h. sie schließen die Mitglieder des G14 im Kern des Systems ein.

Obwohl diese drei Instanzen sehr effizient sind, haben sie doch nicht die Legitimität einer universellen Organisation. Mehr als je zuvor braucht unsere globalisierte Welt die Vereinten Nationen, den Internationalen Währungsfond, die Weltbank und die Welthandelsorganisation. Diese Organisationen müssen aber in der Lage sein, ihrer Verantwortung besser gerecht zu werden.

Aufgrund dieser Notwendigkeit spricht sich Frankreich gemeinsam mit Großbritannien entschieden für eine Übergangsreform des Sicherheitsrates aus. Es muss alles dafür getan werden, damit die nächste Sitzung der Generalversammlung einen entscheidenden Schritt in diese Richtung darstellt.

Darüber hinaus, und das habe ich auch dem UN-Generalsekretär gesagt, müssen alle wichtigen Gremien der UNO und ihre Sonderorganisationen weiterentwickelt werden, und zwar mit einem einzigen Ziel: Effektivität.

Die Reform des IWF und der Weltbank, unter der Leitung der G20 sollte, gemäß den in London getroffenen Entscheidungen, im Januar 2011 abgeschlossen sein. Ich freue mich, dass sich die G14 dazu entschlossen hat, die Reform der Vereinten Nationen anzupacken, und zwar unter einem thematischen Gesichtspunkt, der sich zunächst auf die Organisationen bezieht, die sich mit einem der größten Probleme unserer Zeit beschäftigen: der Ernährungssicherheit. .

Auf den Vorschlag Frankreichs hin, wurde im vergangenen Jahr eine weltweite Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherung gegründet. Unter dem Antrieb der Vereinigten Staaten und Italien hin wurden auf dem Gipfel in Aquila 20 Millionen Dollar für die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt. Was jetzt noch fehlt – und das ist das Ziel der G14 – ist, dass die FAO, das WEP, die IFAD, aber auch die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken kohärent und koordiniert vorgehen.

Mein Wunsch ist, dass die G14, nach der Ernährung, nun eine Analyse erstellt und Vorschläge zu allen internationalen Organisationen unterbreitet – es sind immerhin 8 –, die sich mit den Fragen der Gesundheit beschäftigen. Angesichts von Plagen wie AIDS oder morgen vielleicht der H1N1-Epidemie, müssen sich die Staaten sicher sein können, dass sie in der Lage sind, diesen Gefahren entsprechend zu begegnen.

Die Zunahme internationaler Organisationen ist an sich schon ein echtes Problem. Der Bereich Umwelt zeigt dies schon in fast karikaturesker Weise: Für jede Sektorvereinbarung gibt es ein entsprechendes Aufsichts- und Kontrollorgan. Die Zeit ist reif für die Schaffung einer Weltumweltorganisation, eines Grundpfeilers, deren Aufgabe darin bestünde, alle bislang



verstreuten Mittel zu bündeln. Kopenhagen sollte für die Schaffung Impulsgeber sein. Sie wäre natürlich auch mit der Überwachung der Umsetzung der Umweltpolitik durch die 192 Mitgliedsländer der internationalen Gemeinschaft betraut.

Mir liegt noch ein weiteres Thema der Regierungsführung am Herzen. Ich habe es Ihnen gegenüber bereits im letzten Jahr erwähnt und habe darüber im Juni auch vor der ILO in Genf gesprochen. Ausgangspunkt dafür war eine einfache Tatsache: Jedes dieser 192 Mitgliedsstaaten verabschiedet in den einzelnen internationalen Organisation Vorschriften, ohne die großen Zusammenhänge im Blick zu behalten.

Frankreich schlägt vor, dass die ILO und später die Weltumweltorganisation, ein Wort bei der WTO, beim IWF oder der Weltbank mitzureden hat, sobald die acht Kernarbeitsnormen oder die wichtigsten Bestimmungen der Klimaabkommen in Frage gestellt werden. So z.B. wenn in Kopenhagen das Prinzip eines Angleichungsmechanismus an den Grenzen beschlossen würde, so sollte seine Umsetzung in enger Zusammenarbeit zwischen der WTO und der künftigen Weltumweltorganisation erfolgen.

Kurz gesagt, es geht darum, einer gewissen Form von Schizophrenie der internationalen Gemeinschaft ein Ende zu setzen. Es geht auch darum, mit den Exzessen der „Kommodifizierung der Welt“ aufzuräumen und das Arbeitsrecht, das Umweltrecht und das Handelsrecht auf eine Stufe zu stellen.

Wie bei jeder neuen Idee, wird es jede Menge Widerstand geben. Aber die aktuelle Krise in ihrer ganzen Tragweite – finanzieller, wirtschaftlicher, sozialer und umweltbedingter Natur - zwingt uns dazu, eine aus der Bahn geratene Globalisierung gründlich zu überdenken

1945 haben es die führenden Persönlichkeiten dieser Zeit vermocht, auf den Ruinen des Zweiten Weltkrieges die Vereinten Nationen mit der in San Francisco unterzeichneten Charta zu gründen, wie auch den IWF und die Weltbank durch die Bretton-Woods-Verträge. Heutzutage ist die Herausforderung noch schwerer, noch komplexer. Wir dürfen uns nicht nur mit halbherzigen Maßnahmen zufrieden geben. Wir dürfen nicht auf halbem Wege aufgeben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Herrn Bernard Kouchner für sein tägliches Engagement, seinen Reformwillen und seine Beherrschtheit bei der Umsetzung unserer Außenpolitik danken, ebenso wie seinen Kollegen Alain Joyandet und Pierre Lellouche. Ich begrüße seine Entschlossenheit, das Ministerium zu reformieren. Heute packt er die Frage des kulturellen Vorgehens im Ausland an. Und zwar zu Recht. Wir müssen ehrgeizig sein. Ich weiß, dass ich ihm vertrauen kann. Ich danke Bernard Kouchner auch dafür, dass er all diese Themen in den Mittelpunkt dieser Konferenz gestellt hat. Ich bitte Sie alle die Botschaft Frankreichs weiterzutragen und den Erwartungen, den Sorgen und Hoffnungen der Menschen Aufmerksamkeit zu schenken, in deren Mitte sie leben. Unsere Stimme findet umso mehr Gehör, wenn sie die Wünsche der Mehrheit widerspiegelt.

Meine Damen und Herren Botschafter,

die Zeit ist nicht unser Verbündeter. Sie ist unser Richter. Ich habe dies bereits bezüglich der Bedrohungen geäußert, die aufgrund der globalen Erwärmung auf unserem Planeten lasten. Das gleiche gilt für die Krisen, die die weltweite Sicherheit bedrohen. Durch eine unentschuld bare Machtlosigkeit der internationalen Gemeinschaft bestehen sie fort. Jedes weitere Jahr das vergeht, verstärkt die Spannungen, den Hass und macht die Suche nach einer geeigneten Ordnung schwieriger. Ja, die Zeit ist unser Vollstrecker, und sie verstreichen zu lassen, ist ein Fehler.

Dies trifft insbesondere auf den Nahost- Konflikt zu, der aufgrund seiner Tragweite eine weltweite Krise ist. Jeder kennt die wesentlichen Elemente für Frieden und der Weg, der dorthin führt, ist vorgegeben. Wir dürfen nicht mehr warten. Anfang September werde ich den Präsidenten Mahmoud Abbas empfangen, um ihn anzuregen, die Strukturen schneller zu erneuern, die dem palästinensischen Staat morgen zu Grunde liegen werden. Und ich hoffe, dass das heutige Treffen zwischen dem israelischen Premierminister und dem Abgesandten des amerikanischen Präsidenten endlich zu einem kompletten Stopp des Siedlungsbaus und zu einer Wiederbelebung des Friedensprozesses führt.

Sollte dies der Fall sein, wird Frankreich gemeinsam mit Ägypten und in Abstimmung mit der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft und den USA den Mitgliedern der Union für das Mittelmeer die Abhaltung eines zweiten Gipfels im Herbst vorschlagen, der die Wiederaufnahme des Friedensprozesses in seinen drei Etappen begleiten soll.

Frankreich, dass wieder eine konstruktive Beziehung zu Damaskus aufgebaut hat, ist bereit, seine Hilfe bei den Diskussionen zwischen Israel und Syrien anzubieten, sollten beide Länder dies wünschen. Libanon, dessen in den letzten 18 Monaten zurückgelegter Weg wieder Grund zur Hoffnung gibt, ruft es dazu auf, so schnell wie möglich eine effiziente Regierung der nationalen Einheit zu bilden.

Die Zeit ist nicht unser Verbündeter, auch nicht bei den beiden Krisen im Zusammenhang mit der Verbreitung von Kernwaffen und ballistischen Flugkörpern: in Iran und Nordkorea. Sie werden Tag für Tag bedrohlicher, und wenn wir nicht handeln, werden vielleicht weitere folgen. Wir können dann nicht behaupten, wir hätten von nichts gewusst!

Vor allem in Iran hat die politische Krise uns vergessen lassen, dass neben der Repression die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen weitergeht: Es gibt immer mehr Nuklearwaffen, immer mehr Raketentests, und es gab noch nie so wenige Verhandlungen.

Es sind dieselben führenden Politiker im Iran, die uns erzählen wollen, dass ihr Atomprogramm friedlich sei und dass die Wahlen korrekt verliefen. Ganz ehrlich, wer soll denn das noch glauben?

Die Wahl der führenden Politiker liegt in der Verantwortung der iranischen Bevölkerung. Aber die Verbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern, liegt in unserer Verantwortung. Barack Obama hat sich dazu entschlossen, die Hand zu reichen und sich den Europäern, den Russen und den Chinesen anzuschließen. Diese sechs Mächte sind bereit, sich morgen um einen Tisch zu versammeln. Aber hierfür ist ein Partner notwendig, ein Gesprächspartner, der wirklich verhandlungsbereit ist. Wir haben jedoch bis heute keine positive Antwort erhalten. Wir werden bis Ende September Bilanz ziehen. Aber seien wir doch ehrlich: Sollte der Iran seine Haltung nicht ändern, steuern wir direkt auf eine ganz große Krise zu.

Frankreich würde dann strenge wirtschaftliche Sanktionen unterstützen, die der Sache gerecht werden und mit dem Sicherheitsrat und dem Europäischen Rat abgestimmt sind. Des Weiteren wird Frankreich vorschlagen, die Kontrollbefugnisse der IAEO für solche Situationen auszuweiten.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um an dieser Stelle unseren Botschafter im Iran, Bernard Poletti, zu grüßen, den ich zum „Ambassadeur de France“ ernannt habe. Durch seinen Mut, seinen analytischen Scharfsinn und sein entschlossenes Auftreten bei der Verteidigung unserer Werte und unserer Interessen macht er Frankreich alle Ehre.

Die Zeit ist auch angesichts des internationalen Terrorismus nicht unser Verbündeter. Die Bedrohung ist noch immer da, wie es uns die Attentate von Bombay vor Augen geführt haben.

Die Terroristen setzen auf die Politikverdrossenheit der westlichen Öffentlichkeit, um erneut die Initiative in Afghanistan, Pakistan und jetzt sogar in Somalia und in der Sahelregion zu ergreifen.

Wir machen dennoch Fortschritte: die Wahlen in Afghanistan sind korrekt verlaufen, trotz schlimmster Drohungen. Durch die Wahl haben sich die Afghanen gegen die Barbarei und den Terrorismus ausgesprochen. Sie haben sich damit zum Frieden, zur Demokratie und zum Fortschritt bekannt. Das ist an sich schon ein Erfolg. Während wir auf die Ergebnisse warten, bitte ich die Kandidaten und ihre Anhänger, Verantwortungsbewusstsein zu zeigen.

In Pakistan haben die Zivil- und Militärbehörden endlich Verantwortung angesichts der herrschenden Situation übernommen, die sich mittlerweile jeder Kontrolle entzog. Wir müssen sie dabei unterstützen; und genau das tut Frankreich.

Wir müssen jetzt überall dort gegen den Terrorismus vorgehen, wo er versucht von der Schwäche der Staaten zu profitieren, um sich dort einzunisten.

Und genau aus diesem Grund wird sich Frankreich auch weiterhin, gemeinsam mit seinen Alliierten, für das afghanische Volk einsetzen. Es wird noch in diesem Jahr seine Verantwortung für die Sicherheit der Zentralregion an die afghanischen Behörden abgeben und wird seine zivilen und militärischen Kräfte auf die östlichen Gebiete konzentrieren, um diese innerhalb der nächsten zwei Jahren zu stabilisieren.

Wir müssen mit der Zivilbevölkerung zusammenarbeiten: ich werde in den kommenden Monaten afghanische Frauen einladen, die sich für den Wiederaufbau ihres Landes eingesetzt haben, damit sie von ihren Erfahrungen berichten können und direkt die Unterstützung der Franzosen erfahren.

Wir werden uns auch für eine Unterstützung Afrikas im Kampf gegen die wachsende Bedrohung durch Al-Qaida stark machen – sei es in der Sahelregion oder in Somalia. Was sich in den letzten Monaten ereignet hat, insbesondere in Mali, im Niger und in Mauretanien, ist ein deutliches Zeichen. Ich sage es mit Nachdruck: Wir lassen nicht zu, dass sich Al-Qaida vor unseren Toren, in Afrika, Fuss fasst.

Meine Damen und Herren Botschafter,

2010 wird ein bedeutendes Jahr für die Beziehung zwischen Afrika und Frankreich: 14 ehemalige französische Kolonien werden den 50. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit feiern. Es wird also ein Jahr, das von der anhaltenden Freundschaft und Solidarität kündet. Aber ich möchte auch, dass das Jahr 2010 für den Abschluss einer tiefgreifenden Erneuerung unserer Beziehungen zum afrikanischen Kontinent steht.

Zwei Ereignisse werden diesen Fortbestand und die Erneuerung prägen.

Das Afrika/Frankreich – Gipfeltreffen Anfang des nächsten Jahres in Ägypten. Mein Ziel ist eine enge Beteiligung von nichtstaatlichen Akteuren an der Vorbereitung, beispielsweise über ein Wirtschaftsforum und ein Treffen von Entwicklungs- und Migrantenorganisationen. Das eigentliche Gipfeltreffen wäre somit der offizielle Teil eines weitgreifenderen Prozesses, über den sich Bernard Kouchner und Alain Joyandet, mit Hilfe unserer Botschafter, mit unseren afrikanischen Partnern austauschen werden.

Am 14. Juli 2010 werden Truppen der ehemaligen Kolonien der subsaharischen Länder Afrikas, die zur Befreiung unseres Landes während der beiden großen Kriege beigetragen haben, an der Militärparade auf den Champs-Élysées teilnehmen. Alle betreffenden Staatsoberhäupter sind

herzlich dazu eingeladen. Frankreich weiß, was es Afrika schuldet: Es wird ihm seinen Dank aussprechen. Diese Veranstaltung soll jedoch auch zukunftsweisend sein. Bis Ende 2009 werden alle Verteidigungsabkommen mit acht afrikanischen Ländern völlig neu verhandelt: Frankreichs Rolle wird sich in Zukunft in erster Linie auf die Stärkung der afrikanischen Eigenkapazitäten konzentrieren, damit diese, im Rahmen der Verteidigungsinitiative der afrikanischen Union, in der Lage sind, gemeinsam ihren afrikanischen Kontinent zu schützen.

Die Instrumente unserer wirtschaftlichen Präsenz müssen ebenfalls grundlegend erneuert werden, und zwar im Hinblick auf eine Bündelung unserer Anstrengungen bei der staatlichen Hilfe. Trotz der Krise stieg unsere Unterstützung von 0,38 % des BIP im Jahr 2007 auf 0,44 % im Jahr 2009. 60 % davon gehen direkt nach Afrika.

Auf meine Bitte hin hat die französische Entwicklungsagentur einen Beistandsfonds auf private Initiative in Höhe von 2,5 Milliarden Euro über 5 Jahre ins Leben gerufen. Ich möchte, dass unsere Unternehmen einen ähnlichen Weg einschlagen und einen neuen Weg beschreiten: Warum unterzeichnen sie nicht beispielsweise eine Charta, durch die sie sich zu mehr Transparenz und zur Wahrung des Sozial- und des Umweltrechts verpflichten? Warum verpflichten sie sich nicht zu zahlenmäßig festgelegten Zielen für afrikanische private Kapitalbeteiligungen, für die Einstellung lokaler Führungskräfte, für Subunternehmen vor Ort und für Weiterbildungen?

Das wäre die beste Antwort auf ungerechtfertigte, aber weit verbreitete Beschuldigungen, französische Unternehmen würden die afrikanischen Ressourcen nur für ihren eigenen Vorteil nutzen. Dies wäre auch eine Herausforderung für andere Länder, die sich, glücklicherweise, ebenfalls für diesen Kontinent interessieren.

Dieses Jahr des 50. Jahrestages der Unabhängigkeit sollte ebenfalls gekennzeichnet sein durch die höhere Anerkennung Afrikas und der Franzosen afrikanischer Abstammung in Frankreich. Ein Kongress afrikanischer Vereinigungen in Frankreich könnte hierfür beispielsweise ein deutliches Zeichen sein. Ich würde mir jedoch auch andere Initiativen im ganzen Land wünschen, wie z. B. den Einzug der afrikanischen Geschichte vor der Kolonialisierung in unsere Lehrbücher.

Zur Organisation dieses außergewöhnlichen Jahres habe ich Jacques Toubon damit beauftragt, eine interministerielle Struktur aufzubauen. Diese stünde insbesondere in regelmäßigem Kontakt mit allen betroffenen Botschaftern.

Ich habe Jean-Pierre Raffarin als meinen persönlichen Vertreter bei der Internationalen Organisation der Frankophonie ausgewählt. Er wird mit der ihm eigenen Autorität und Leidenschaft den nächsten Gipfel vorbereiten, ein weiteres wichtiges Ereignis im Jahr 2010.

Unsere Afrikapolitik neu zu gestalten, heißt auch, unsere engen Partnerschaften mit den wichtigsten Akteuren wie Südafrika, Nigeria und Angola weiter zu festigen. Es bedeutet ebenfalls, durch Initiativen einen Beitrag zum Frieden im Sudan und der afrikanischen Region der Großen Seen zu leisten. Und schließlich geht es auch darum, weiter für die Wahrung der Werte der Demokratie und der Menschenrechte einzutreten, die in den wichtigen Texten der Vereinten Nationen und der afrikanischen Union festgehalten sind

Stabilität und Erneuerung: diese beiden Worte fassen die Botschaft Frankreichs treffend zusammen. Stabilität in der Freundschaft und in der langen gemeinsamen Geschichte. Frankreich ist sich der Veränderung in Afrika bewusst, es weiß, dass die afrikanische Jugend von einer anderen Zukunft träumt, und deshalb ist Frankreich bereit, Afrika auf diesem Weg zu begleiten.

\*

\* \*

Meine Damen und Herren Botschafter,

von Anbeginn an entwickelt sich die Menschheit nicht gleichförmig von Fortschritt zu Fortschritt. Sie durchläuft Phasen des Innehaltens, bevor sie weiter voranschreitet. Alle Zivilisationen haben Regressionen kennengelernt: manche sind gar verschwunden.

Das radikal Neue unserer Zivilisation ist, dass sie, trotz der Traditionen und verschiedenen Kulturen, trotz der hin und wieder identitätsstiftenden Bekräftigungen, der Welt ihre Einigkeit bewiesen hat, gezeigt hat, dass unsere Menschheit eins ist. Die Bedrohungen, denen sie ausgesetzt ist, sind globaler Natur. Die Antworten darauf müssen es auch sein.

Die Probleme, mit denen sich unsere führenden Politiker heute konfrontiert sehen, sind groß: Werden wir gemeinsam die notwendigen Lösungen finden, um eine Regression mit fatalen Folgen zu verhindern und um die Menschheit weiter auf ihrem Weg voranzubringen? Können wir durch die Lösung regionaler Probleme eine Erschütterung der Zivilisationen und der Religionen verhindern? Sind wir in der Lage, durch das Treffen notwendiger Entscheidungen, das einzig funktionierende Wirtschaftssystem, den Kapitalismus, zu reformieren? Werden wir rechtzeitig die richtigen Entscheidungen treffen, um die globale Erwärmung aufzuhalten?

Wir verfügen über diplomatische, technische und wissenschaftliche Mittel sowie auch über wirtschaftliche und finanzielle Möglichkeiten, um auf diese Fragen die passenden Antworten zu finden, von denen unsere Zukunft abhängt. Alles beruht heute auf der Weisheit und dem gemeinsamen Willen der führenden Politiker der Gemeinschaft von Nationen, dieser Gemeinschaft der Mächte des 21. Jahrhunderts.

Auf gewisse Weise hat, auf europäischer Ebene und trotz aller Unvollkommenheiten, der Aufbau der Europäischen Union den Weg gewiesen: Nach zwei Weltkriegen, die unsere Zivilisation an den Rand eines kollektiven Selbstmords getrieben haben, ist es führenden Politikern mit Visionen vor 50 Jahren gelungen, ihren Völkern zu zeigen, dass eine gemeinsame Zukunft des gegenseitigen Verständnisses, des Friedens und des Wohlstands möglich ist.

Es ist genau dieser Ansatz, den Frankreich heute den wichtigsten politischen Führungskräften der Welt unterbreiten will, und der zwei wichtige Überzeugungen enthält: Es gibt keinen anderen Weg zu einer besseren Zukunft, Die Zeit für Entscheidungen und für konkrete Handlungen ist nicht morgen, sondern heute.

Ich danke Ihnen./.